

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Schluss mit ideologischem Autohass – Schleichfahrt und Dieserverbot ohne Wirkung für die Luftgüte!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin nimmt unverzüglich sämtliche verfügbaren Dieselfahrverbote in Berlin zurück und hebt die entsprechenden Verkehrsbeschränkungen auf.

Die verkehrsrechtlichen Anordnungen für „Tempo 30 wegen Immissionsschutzes“ auf Hauptverkehrsstraßen sind ebenso aufzuheben.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. August 2020 zu berichten.

Begründung

Die derzeitigen krisenbedingt starken Rückgänge des motorisierten Verkehrs auf den Berliner Straßen und die Messergebnisse bezüglich NOx und Feinstaub PM10 und PM2,5 zeigen eindrucksvoll, dass der vom Senat unterstellte lineare Zusammenhang zwischen motorisiertem Individualverkehr, Zahl der durchfahrenden Dieselfahrzeuge bis Euro 5, Fahrgeschwindigkeit und den NOx-Immissionen sowie Feinstaubimmissionen nicht besteht.

Vielmehr zeigen die Messwerte, dass die Immissionen in den erwähnten Kategorien schwanken, teils sinken, teils auch zwischenzeitlich wieder ansteigen, völlig unabhängig von dem im

Februar noch normalen, seit Mitte März aber drastisch reduziertem motorisierten Verkehrsaufkommen auf den Berliner Straßen.

Dieses Phänomen ist kein berlinspezifisches, auch in Stuttgart hat man Vergleichbares festgestellt, und deshalb dort die Diesel-Fahrverbote insgesamt wieder aufgehoben, wohlgermerkt unter einem grünen Oberbürgermeister.

Wenn keinerlei Evidenz zwischen dem Betrieb bzw. dem Verbot von Dieselfahrzeugen und den NOx- und Feinstaubimmissionen besteht, sind die ergriffenen und zum Teil von der DUH auf dem Rechtsweg erstrittenen Fahrverbote und Fahrbeschränkungen nachweislich ungeeignet zur wirksamen Reduzierung der Immissionen, deshalb unangemessen, und deshalb nicht mehr zulässig. Sie sind so schnell wie möglich insgesamt aufzuheben.

Der Weg des Senats, der nach der Feststellung, dass die ergriffenen Maßnahmen keine messbare Wirkung zeigen, mit weiteren, verschärften Maßnahmen nachbessern will, ist somit ein erwiesener Irrweg.

Berlin als Bundesland und Einheitsgemeinde hat sich daher auf die dem Land obliegenden Aufgaben zu orientieren, und Maßnahmen zu unterlassen, die keinen nachweisbaren, messbaren und spürbaren Erfolg sicherstellen.

Berlin, 21. April 2020

Pazderski Hansel Scholtysek
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion